

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2022/178

freigegeben am **25.10.2022**

GB 2

Sachbearbeiter/in: Sabine Meyer

Datum: 20.10.2022

Antrag AG für den Frieden der KGS Rastede - "Schafft sichere Häfen"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	07.11.2022	Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales
N	06.12.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	13.12.2022	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Entscheidung über den Beitritt der Gemeinde Rastede zur Initiative „Schafft sichere Häfen“ wird auf einen Zeitraum nach der derzeitigen Flüchtlingskrise (Ukraine) zurückgestellt.

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 08.07.2022 hat die Arbeitsgemeinschaft (AG) „Für den Frieden“ der Kooperativen Gesamtschule Rastede (KGS) eine Liste mit 530 Unterschriften eingereicht und beantragt, dass die Gemeinde der Initiative „Schafft sichere Häfen“ beitreten möge. Auf Nachfrage hat die Schulleitung bestätigt, den Antrag der AG unterstützen zu wollen. Das Schreiben ist dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügt.

„Schafft sichere Häfen“ ist eine Initiative des Bündnisses „Seebrücke“, einer politischen Gruppierung, die sich ab 2018 formierte und gegen die europäische Einwanderungspolitik sowie insbesondere gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung im Mittelmeer richtet. Die Akteure solidarisieren sich mit allen Flüchtenden und fordern die Politik auf, sichere Fluchtwege zu schaffen. Sie ist dezentral organisiert und verfügt über 180 Lokalgruppen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich. Der Initiative haben sich derzeit 309 Städte, Gemeinden, Landkreise und Bundesländer angeschlossen (alle Deutschland zzgl. Salzburg, Österreich).

Insgesamt formuliert das Bündnis 8 Forderungen:

1. Sicherer Hafen (öffentliche Solidaritätserklärung)
2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

3. Aufnahme zusätzlich zur Quote
4. Unterstützung für Aufnahmeprogramme
5. Solidarische Kommune
6. Kommunales Ankommen gewährleisten
7. Kommunales Bündnis „Städte Sicherer Hafen“
8. Transparenz

Eine detaillierte Beschreibung der Forderungen kann dem Musterantrag entnommen werden, der dieser Vorlage als Anlage 2 beigelegt ist.

Mit der Festsetzung der Aufnahmequote vom 01.08.2021 hatte die Gemeinde Rastede 69 Personen aufzunehmen. Aufgrund der Kriegssituation in der Ukraine wurde das Aufnahmesoll frühzeitig im April 2022 auf 378 Personen erhöht. Bisher wurden 298 Personen, davon 212 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, aufgenommen. Kürzlich wurde die neue Aufnahmequote für den Landkreis Ammerland bekannt gegeben. Diese beträgt 1.420 Personen. Diese Zahl ist noch nicht auf die Kommunen im Ammerland „heruntergebrochen“ worden. Neben den 80 Personen, die noch aus der „alten“ Quote aufzunehmen sind, werden auf die Gemeinde Rastede über den Daumen noch 300 Personen aufzunehmen sein. Eine dezentrale Unterbringung gestaltet sich immer schwieriger. Ab November 2022 wird die Turnhalle Wilhelmstraße als erste Sammelunterkunft fungieren. Die Forderungen des Bündnisses mit Bezug auf die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten oder der Einrichtung von eigenen Erstaufnahmeeinrichtungen ist derzeit schlichtweg nicht realisierbar.

Der Fachbereich Arbeit und Soziales ist neben der Unterbringung von Geflüchteten auch stark in der Bearbeitung von entsprechenden Leistungsanträgen tätig. Es gibt derzeit keine Kapazitäten, die auch nur im Ansatz Tätigkeiten zur Umsetzung von Forderungen des Bündnisses sowie deren Konsequenzen zulassen würden. Daher schlägt die Verwaltung vor, die Entscheidung über den Antrag auf einen Zeitraum nach der derzeitigen Flüchtlingskrise zurückzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Derzeit keine Auswirkungen.

Auswirkungen auf das Klima:

Keine Auswirkungen.

Anlagen:

1. Antrag der AG „Für den Frieden“ der KGS Rastede
2. Musterantrag: „Kommune x wird Sicherer Hafen“